Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Fernsprecher Nr. 27

Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Mona 0.90 RM. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten", „Die Frau und ihre Welt", „Der heitere Alltag", „Reise und Erholung", „Unterhaltungsbeilage". — Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.

Teleg.-Adr.: Zeitung

Anzeigen werden die sechsgespaltene 3 mm hohe (Petit-) Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz-, Datenvorschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmegebühr für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigst berechnet. Zahlungen an Postscheckkonto Frankfurt am M ainNr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer .·. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 17 — Sonntag, den 7. Februar 1932 — 25. Jahrgang.

Von Woche zu Woche.

Randbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Die Abrüstungskonferenz, die am Dienstag mit einer Rede des früheren englischen Außenministers Henderson eröffnet worden ist, wird in der nächsten Woche mit der Generalaussprache ihre Fortsetzung finden. Hatte Präsident Henderson seine Ansprache auf einen allgemeinen Ton eingestellt — auf den bedeutsamen Teil V des Versailler Vertrages hat Henderson z. B. überhaupt nicht hingewiesen —, dann werden die Führer der einzelnen Delegationen deutlicher werden.

Kennzeichnend für die französische Politik sind die Bemühungen, die darauf abzielten, dem Kriegsminister Tardieu noch vor dem deutschen Reichskanzler das Wort zu verschaffen. Offenbar soll André Tardieu die Debatte gleich von vornherein in die „richtigen Bahnen" lenken, nämlich die Abrüstungskonferenz in eine Sicherheitskonferenz umzuwandeln. Unter „Sicherheit" aber versteht Frankreich Sicherheit für die Gewinner des Weltkrieges, damit sie ohne Alpdrücken schaffen und ohne Furcht vor der Nemesis die Beute verdauen können.

Die deutsche Delegation kann gar nicht früh und nicht scharf genug gegen diese Vernebelungsmanöver ankämpfen; denn die Gefahr ist groß. Erst dieser Tage wieder haben sich in einem Ausschuß der französischen Kammer Vertreter aller bürgerlichen Parteien zu der Auffassung bekannt, der Begriff der militärischen Rüstungen sei eigentlich „veraltet" und werde dadurch der Wirklichkeit nicht mehr gerecht; entscheidend sei nicht die Stärke des Heeres und der Reserve, sondern das potentiel de guerre, die Wirtschaftskraft einer Nation.

Das sind irrige Gedankengänge! Gewiß kommt der Volkskraft und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auch im Donner der Geschütze entscheidende Bedeutung zu, zumal wenn man die Dinge auf weite Sicht betrachtet. Wie aber die Ereignisse in Ostasien, die unvermindert die Welt in Spannung halten, beweisen, ist es einem Militärstaat jederzeit ein leichtes, in ein weniger gerüstetes Land einzumarschieren und durch Bombengeschwader und Batteriefeuer innerhalb weniger Tage Städte und — soweit vorhanden — chemische Fabriken, Bergwerke, Maschinenfabriken, Eisenbahnanlagen und Verkehrsflugzeuge in Schutt und Asche zu legen. Damit löst sich aber auch der Begriff des potentiel de guerre in ein Nichts auf!

Wenn diese Hirngespinste trotzdem aus den französischen Köpfen nicht weichen wollen, dann liegt das daran, daß die verantwortlichen Männer an der Seine, die alles auf die militärische Karte gesetzt haben, die allgemeine Abrüstung und den Ausgleich der Rüstungen mit jedem Mittel bekämpfen wollen. Weiß man doch sehr wohl in Paris, daß der „Vertrag" von Versailles, der dem Deutschen Reiche die Freiheit, Land und Leute, Waffen und Vermögen geraubt hat, seinem Wesen nach ein Diktat ist und nur durch Machtmittel aufrechterhalten werden kann. Aber mehr als das: man weiß auch, daß Frankreich, allein auf sich angewiesen, über diese Macht nicht verfügt. Und deshalb die andauernde Wiederholung der französischen Forderung nach dem Aufbau einer Organisation, die angeblich den Frieden, tatsächlich aber nur den heutigen Besitzstand sichern soll, sowie das Verlangen nach einem Sanktionssystem, das die ganze Welt zur Waffenhilfe gegen den „Angreifer" verpflichtet.

Erfolg hat die französische Politik mit diesen Plänen bisher nicht gehabt. Denken England, die Vereinigten Staaten und Italien nicht daran, die Aufrechterhaltung der französischen Machtstellung zu garantieren, dann wird Deutschland niemals über den Versailler Vertrag hinaus noch freiwillig Bindungen übernehmen. Die französische Diplomatie befindet sich somit in einer Lage, die man auf dem Schlachtfeld eine unhaltbare Stellung nannte. Eine Katastrophe kann hier nur durch einen Rückzug verhindert werden, nämlich durch die Preisgabe der unhaltbaren Bestimmungen des Diktats von Versailles!

Im Augenblick macht Frankreich freilich das Gegenteil. Es hantiert in höchst gefährlicher Weise an einem Kessel herum, der überhitzt ist, und statt die Ventile zu öffnen oder das Feuer unter dem Kessel Europa zu löschen, schreien die Franzosen nach Material und nach Handlangern, um den Deckel „fest" zu machen.

Wer im Alltagsleben so verfährt, kann damit nach Gesetz und Erfahrung nur eines erreichen: die Explosion. Mögen es sich darum die Mächte in Genf sehr reiflich überlegen, ob sie Frankreichs Bestrebungen billigen und vielleicht noch unterstützen oder ob sie das Steuer herumreißen und eine Rechtsordnung aufbauen wollen, die jedem Volke die friedliche Entwicklung gewährleistet und bei Völkerkonflikten eine geordnete Beilegung ermöglicht. Beschleunigt wird dabei die Scheidung der Geister durch den Krieg in Ostasien, der in seinen Rückwirkungen auch das Verhältnis der Mächte untereinander verhindern kann. Wenn Japan jetzt davon spricht, daß es in Schanghai und Nanking ähnliche Interessen zu wahren hat, wie die anderen Mächte, dann heißt das doch auch, daß die japanische Politik in der Mandschurei Sonderziele verfolgt und sich damit zu Amerika, Rußland und England in Gegensatz setzt. Das aber würde das Wiederaufleben von Gruppenbildungen, und damit ein Ereignis bedeuten, dessen Folgen noch gar nicht abzuschätzen sind.

Die Generaldebatte.

Brüning spricht nach Tardieu. — Neue Märchen über deutsche Geheimrüstungen.

— Genf, 6. Februar.

Wie nunmehr feststeht, wird in der Generalaussprache der Abrüstungskonferenz als erster der englische Außenminister Sir Simon zu Worte kommen. Als nächste Redner folgen dann der französische Kriegsminister Tardieu, der amerikanische Botschafter Gibson und der deutsche Reichskanzler Dr. Brüning.

Vom Sekretariat des Völkerbundes wird dazu mitgeteilt, Reichskanzler Dr. Brüning habe zwar sogleich nach dem englischen Außenminister sprechen wollen, er habe aber, nachdem der französische Kriegsminister Tardieu noch vor ihm darum gebeten habe, nach Simon sprechen zu dürfen, Frankreich den Vortritt gelassen. Um eine Prestigefrage handelt es sich bei der Reihenfolge der Redner nicht. Aus den Kreisen der deutschen Delegation verlautet dazu, daß Reichskanzler Dr. Brüning die Gelegenheit wahrnehmen will, um gleich dem französischen Kriegsminister zu antworten. Die Kanzlerrede werde deshalb nicht nur nach der Rede Tardieus gehalten, sondern sie werde auch erst nach dieser Rede ausgearbeitet.

Botschafter Nadolny, der bis zur Ankunft des Reichskanzlers die deutsche Delegation führt, hatte eine weitere Besprechung mit dem Leiter der ungarischen Delegation, Grafen Apponyi.

Der französische Delegationsführer, Kriegsminister Tardieu, hat dem Konferenzpräsidenten Henderson ein Dokument übergeben, das so etwas wie eine „Ergänzung" des von der Vorbereitenden Kommission ausgearbeiteten Entwurfs darstellt. Wie versichert wird, soll der französische Plan an erster Stelle internationale Sicherheitsvereinbarungen vorsehen, ferner den alten französischen Gedanken einer internationalen Armee wieder aufgreifen und sehr ausgearbeitete Vorschläge über die internationale Regelung der Luftwaffe machen.

Die französische Abrüstungspropaganda, die bereits lange vor der Konferenzeröffnung überreichlich laut einsetzte, überschlägt sich angesichts der herannahenden Entscheidungen geradezu. So hat der Generalberichterstatter der französischen Kammer, Bouillon Lafont, einen Bericht fertiggestellt, der neue Märchen über deutsche Geheimrüstungen in die Welt setzt. Bouillon Lafont vertritt in diesem Bericht die Auffassung, Deutschland habe niemals aufgehört, den Vertrag von Versailles auf jede mögliche Weise zu umgehen und verfüge deshalb auch heute noch über geheime Rüstungen, die zum größten Teil aus alten Kriegslagern stammen. Außerdem sei die Herstellung von Waffen in verschiedenen Fabriken wieder aufgenommen worden. Die chemische Industrie bereite sich auf einen chemischen Krieg vor, dessen Ausfechtung in Deutschland vorgesehen sei. Verschiedene Firmen verkauften öffentlich Kriegsmaterial und chemische Erzeugnisse, wie Flammenwerfer und Rauberzeuger.

In dieser grotesken Art geht die Aufzählung des Herrn Lafont weiter, wobei die deutschen Verkehrsflugzeuge abermals als verkappte Kriegsmaschinen hingestellt werden. Am meisten sorgt sich aber Bouillon Lafont um die deutschen Industriebeteiligungen im Auslande und die Reichsbeteiligung an den beiden D-Banken. Alles das bringt der Berichterstatter mit einiger Phantasie in Zusammenhang, um es der Kammer als ein wohlüberlegtes System der deutschen Geheimrüstung aufzutischen. Seine Schlußfolgerung lautet daher, wenn man in Genf einem Staat die Abrüstung aufzwingen wolle, dann könne das nur — Deutschland sein!

*

Kyffhäuser-Eingabe zur Abrüstung.

— Berlin, 6. Februar.

Der Bundesvorstand des Reichskriegerbundes „Kyffhäuser" richtete ein Schreiben an den Reichsaußenminister und an den Reichswehrminister, in dem nochmals auf den seit August vorigen Jahres vom Deutschen Reichskriegerbund „Kyffhäuser" geführten großzügigen Propagandafeldzug zur Internationalen Abrüstungskonferenz hingewiesen wird.

„Der Kyffhäuserbund mit seinen 30 000 Vereinen" — so heißt es in der Entschließung — „hat in monatelanger Aufklärungsarbeit der großen Masse unseres Volkes klargemacht, daß Recht, Freiheit und Sicherheit unseres hartbedrängten deutschen Vaterlandes auf dem Spiele stehen.

Die in den letzten Wochen von den Kyffhäuser-Verbänden und -Vereinen in allen Teilen des Reiches unter starker Beteiligung aller Schichten der Bevölkerung veranstalteten Versammlungen und Kundgebungen klangen durchweg in einer Entschließung aus, in der einmütig mit Entrüstung die Kriegsschuldlüge erneut zurückgewiesen und gleiches Recht in der Sicherheits- und Wehrfrage gefordert wurde. Nach gewissenhafter Prüfung der unter genauer Angabe der Teilnehmerzahl eingegangenen Entschließungen wurden diese von weit über 12 Millionen deutscher Männer und Frauen anerkannt, wofür Belege jederzeit zur Verfügung stehen. Hiermit ist den deutschen Vertretern bei der Abrüstungskonferenz ein Material übergeben, das die Stimmung der alten Soldaten und der Bevölkerung unzweifelhaft wiedergibt."

Deutsche Anklagerede im Sejm.

Abgeordneter Franz über die Lage des Deutschtums in Polen.

— Warschau, 6. Februar.

Bei der Beratung des polnischen Haushaltsplanes für 1932/33 im Sejm hielt der Vorsitzende der deutschen Fraktion, Abgeordneter Franz, eine große Rede über die Lage des Deutschtums in Polen. Er wies darauf hin, daß die deutsche Minderheit, die stets von der polnischen Presse angegriffen wird, niemals Vorrechte verlangt hat und vollkommen zufrieden sein würde, wenn man ihr die in der Verfassung und in den Minderheitenschutzverträgen garantierten Rechte auch tatsächlich zukommen lassen würde. Es müsse festgestellt werden, daß die deutsche Minderheit von einer Erfüllung ihrer gerechten Forderungen noch nichts gemerkt habe.

An Hand eines Einzelfalles wies Franz darauf hin, daß die Behörden besondere Verfügungen erlassen hätten, wonach nicht nur deutsche religiöse, kulturelle und wirtschaftliche Vereinigungen, sondern auch Einzelpersonen, insbesondere deutsche Vertrauensleute und deren Angehörige durch Polizeispitzel ständig überwacht werden. Zum Schluß erklärte Abgeordneter Franz, daß die Polizeibeamten und Aufständischen, die wegen Mißhandlung von Deutschen verurteilt würden, ihre Strafen niemals absitzen.

Hauptausschuß gegen Reichsrat

Die Reichsregierung lehnt die Wiedereinführung des Gefrierfleischkontingents ab.

— Berlin, 6. Februar.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat den Einspruch des Reichsrats gegen die Gefrierfleischeinfuhr abgelehnt. Für die Ablehnung des Einspruches traten Sozialdemokraten und Kommunisten ein, die infolge des Fernbleibens der Nationalsozialisten und des Fehlens einiger Vertreter der bürgerlichen Parteien die Mehrheit hatten.

Im Reichstag selbst müßte diese Ablehnung des Reichsratseinspruches mit Zweidrittel-Mehrheit erfolgen, wenn das vom Reichstag beschlossene Gesetz aufrechterhalten werden soll.

In der Aussprache betonte Ministerialrat Kirschner als Vertreter der Reichsregierung, eine Wiedereinführung des Gefrierfleischkontingents würde auf dem Lande wie Sprengpulver wirken. Der Einspruch des Reichsrats treffe völlig das richtige. Die Viehpreise seien seit Januar 1931 nahezu um die Hälfte gesunken, und der Bauer müßte infolgedessen zu Schleuderpreisen verkaufen. Die Ausfuhrmöglichkeiten für Schlachtvieh und Fleisch seien infolge der Maßnahmen der Nachbarländer auf ein Mindestmaß zurückgegangen.

Der Einfuhrüberschuß für Rinder betrage trotz der Ausfuhr von 34 000 Stück 70 000 Rinder, und der Schweineeinfuhrüberschuß sei auf 50 000 Stück zu schätzen, obwohl 220 000 Schweine ausgeführt worden seien. Anzeichen einer Einschränkung der Vieherzeugung seien bei der Schweinehaltung schon vorhanden; eine Verminderung der Erzeugung müsse aber unter allen Umständen im Interesse der Verbraucher vermieden werden.

Nach Ablehnung des Reichsratseinspruches nahm der Ausschuß noch mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten einen neuen Gesetzentwurf der Sozialdemokraten an, wonach mit Rückwirkung vom 1. März vorigen Jahres jährlich 50 000 Tonnen Gefrierfleisch zollfrei zur Einfuhr zugelassen werden sollen.

:: **Haussuchungen bei Nationalsozialisten in Baden.** Wie „Der Führer" meldet, wurden in ganz Baden Haussuchungen bei Dienststellen der NSDAP. und einzelnen Parteimitgliedern vorgenommen. Das Blatt bemerkt dazu, sämtliches beschlagnahmtes Material sei ganz harmloser Natur.

Um Hitlers Einbürgerung.

Mitteilung des Reichsinnenministeriums. — Erwiderung der NSDAP.

— Berlin, 5. Februar.

Das Reichsinnenministerium teilt zu der Angelegenheit der Staatsangehörigkeit Hitlers mit: „Die Prüfung der Angelegenheit erfolgt auf Grund der protokollarischen Unterlagen der Thüringer Regierung. Es wird geprüft, ob der frühere thüringische Innenminister Frick Herrn Hitler rechtswirksam zum Beamten ernannt hat, und ob Hitler die Reichsangehörigkeit erworben hat. Die Prüfung ist noch nicht abgeschlossen."

Wie weiter verlautet, ist nach Kenntnis des Reichsinnenministeriums irgendein Antrag auf Einbürgerung nicht gestellt worden. Ein derartiger Antrag müßte zunächst bei den zuständigen Landesbehörden eingebracht werden. Das betreffende Land müßte dann, falls es selbst mit der Einbürgerung einverstanden ist, beim Reichsinnenministerium sogenannte Fragebogen einreichen, die alsdann den anderen Ländern mitgeteilt würden. Falls von irgendeiner Seite Einspruch erhoben würde, müßten sich die beiden Länder miteinander in Verbindung setzen, um die von dem einen Land vorgebrachten Bedenken auszuräumen. Erfolgt auch das nicht, so muß sich der Reichsrat mit der Angelegenheit befassen.

Von der nationalsozialistischen Presse schreibt der „Angriff" zu der Angelegenheit: „In Unruhe und fürchterlicher Nervosität über die klug zurückhaltende Taktik der NSDAP. in der Frage der Reichspräsidentenwahl hat man „höheren Orts" einen Vorgang ausgegraben, der schon jahrelang zurückliegt. Seinerzeit hatte Minister Frick den Versuch unternommen, Adolf Hitler durch eine formelle Bestallung als thüringischen Beamten die offizielle deutsche Reichsangehörigkeit zu verschaffen. Der Führer hatte, wie vom „Braunen Hause" gemeldet wird, nachdem er von diesen Bemühungen Fricks erfuhr, gebeten, sie einzustellen, da er, bekanntlich geborener Blutsdeutscher und alter, mehrfach erprobter Frontsoldat, nicht auf diesem Wege die Staatsangehörigkeit zu erwerben wünsche. Das ist der einfache, klare Tatbestand.

Diese Auslassung deckt sich mit einer Erklärung der Pressestelle der NSDAP., in der es heißt, Dr. Frick habe seinerzeit ohne Wissen Hitlers gehandelt und auf Hitlers Ablehnung hin seine Bemühungen eingestellt.

Stahlhelm für Einbürgerung Hitlers.

— Berlin, 6. Februar.

Wie die Pressestelle des Stahlhelm mitteilt, herrscht in der Bundesführung des Stahlhelm die einheitliche Auffassung, daß Adolf Hitler, nachdem er vier Jahre im Felde als deutscher Soldat gefochten und für tapferes Verhalten das EK 1 bekommen hat, damit ohne weiteres die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen sollte. Bürokratische Auseinandersetzungen seien vom Frontsoldaten-Standpunkt aus nicht würdig.

Wrack „M 2" gefunden.

In der Nähe des Leuchtturmes Portland Bill.

— London, 5. Februar.

Mit Hilfe von Unterwasserschallapparaten ist es nach achttägigem Suchen gelungen, das Wrack des Unterseebootes „M 2" 5,8 Seemeilen vom Leuchtturm Portland Bill entfernt, aufzufinden. Es liegt in der Nähe von vier Wracks, die schon in den ersten Tagen des Suchens festgestellt worden waren und etwa an der Stelle, an der der Kapitän des Dampfers „Tynesider" das Unterseeboot hatte tauchen sehen, und an der späterhin zwei Signalflaggen gefunden wurden.

Zollmauern um England.

— London, 5. Februar.

Schatzkanzler Neville Chamberlain legte im Unterhaus die Grundzüge der neuen Zollpolitik der englischen Regierung dar. Das Haus war dicht besetzt, u. a. wohnten der Prinz of Wales und der Herzog von York den Verhandlungen bei. Minister Chamberlain führte aus, der Außenhandel zeige zwar gewisse Anzeichen einer Besserung, aber die Grundfragen der Reparationen und Kriegsschulden seien noch nicht einmal angeröhrt. Dazu erwecken die Ereignisse in China neue Besorgnisse. Den Kernpunkt der neuen Vorschläge bildet die Erhebung eines zehnprozentigen Wertzolls für alle Einfuhrwaren — Brot und Wein ausgenommen. Die Dominions sollen bevorzugt behandelt werden. Die Regierung soll ermächtigt werden, Waren aus den Ländern, die gegen England gerichtete Zölle haben, mit einem Zusatzzoll bis zu 100 Prozent zu belasten.

Luftkampf über Schapei.

Japanisches Flugzeug abgeschossen. — Bedrohliche Lage in Charbin.

— Schanghai, 6. Februar.

Im chinesisch-japanischen Krieg ist es jetzt erstmals zu einem Luftkampf zwischen beiden Streitkräften gekommen. Während die schwere Artillerie der Japaner Schapei wieder unter Feuer nahm, stiegen zwei chinesische Militärflugzeuge auf und überschütteten mehrere japanische Bombenflieger mit einem Kugelregen aus Maschinengewehren. Auch die chinesische Infanterie beschoß die feindlichen Flieger, die darauf den Rückzug antraten. Nach dem von chinesischer Seite über diesen Luftkampf ausgegebenen Bericht ist ein japanisches Flugzeug abgeschossen worden.

Um den Nordbahnhof von Schanghai wird jetzt Tag für Tag gekämpft, wobei auf beiden Seiten schwerste Kriegswaffen eingesetzt werden.

Auch in Charbin ist die Lage äußerst bedrohlich. Mit einem Zusammenstoß zwischen chinesischen und japanischen Truppen wird stündlich gerechnet. Die Eisenbahnlinie nach Tsitsikar ist unterbrochen worden, um die von dort anrückenden japanischen Truppen aufzuhalten.

Die Gerüchte, die von einem Selbstmord des abberufenen japanischen Oberbefehlshabers Shiosawa wissen wollten, sind von Japan amtlich als unrichtig bezeichnet worden.

Truppenlandungen am Jangtse.

4000 Mann im Vormarsch auf die Bahnlinie Schanghai—Nanking.

— London, 6. Februar.

Einer Meldung der „Exchange Telegraph" sind am Freitag bei der befestigten Stadt Paoschan, die am südlichen Jangtse-Ufer und westlich der Wusung-Forts gelegen ist, japanische Truppen in Stärke von 3000 bis 4000 Mann gelandet worden. Die Japaner beabsichtigen, in südlicher Richtung landeinwärts zu marschieren und die Schanghai—Nanking-Eisenbahnlinie abzuschneiden, mit dem Hauptziel, weitere chinesische Truppenbeförderungen nach Schanghai zu verhindern.

Es hat in London stark enttäuscht, daß Japan entgegen der Bedingung Nr. 1 des englisch-amerikanischen Vorschlages eine Armee-Division nach Schanghai sendet, womit Japan jede weitere Erörterung über diesen Punkt abschneidet.

Neuer Einspruch Englands.

Unabhängig von den Verhandlungen über den Vermittlungsvorschlag hat die englische Regierung in Uebereinstimmung mit den Vereinigten Staaten ihren Botschafter in Tokio angewiesen, nochmals gegen die Benützung der internationalen Zone als Stützpunkt für die militärischen Operationen Einspruch zu erheben.

Das Präsidium gewählt.

50 Stimmen für Deutschland.

— Genf, 6. Februar.

Die Abrüstungskonferenz wählte in geheimer Abstimmung das Präsidium, das aus dem Präsidenten Henderson und 14 Vizepräsidenten besteht. Abgegeben wurden insgesamt 54 Stimmen. Zu Vizepräsidenten wurden gewählt die Vertreter von England (53 Stimmen), Frankreich (54), Italien (54), Deutschland (50), der Vereinigten Staaten (52), Schweden (48), Japan (47), Spanien (47), Polen (33) und Oesterreich (32). Gegen Deutschland haben somit von 54 Staaten 4 Staaten gestimmt.

*

Die französischen Vorschläge.

Internationale Streitkräfte zur Durchführung von Völkerbundssanktionen. — Gegenseitige Sicherheitsverpflichtungen.

Ueber den Inhalt der französischen Vorschläge zur Sicherheits- und Abrüstungsfrage, die ganz unerwartet das Präsidium der Abrüstungskonferenz unterbreitet haben, werden folgende Einzelheiten bekannt:

Die französische Regierung schlägt die Bildung internationaler Streitkräfte vor, zu denen jedes Land Kontingente stellen soll, und die dem Völkerbundsrat zur Durchführung seiner Beschlüsse gegen diejenigen Staaten zur Verfügung stehen sollen, die sich weigern, den Beschließungen des Völkerbundsrates durchzuführen. Die großen Kriegsschiffe und Flugzeuge unterstehen dem Völkerbundsrat direkt. Die Flugzeuge und Kriegsschiffe kleinerer Größe unterstehen der Hoheit der einzelnen Staaten, müssen jedoch dem Völkerbund im Falle des Sanktionsverfahrens nach Artikel 16 des Völkerbundspaktes zur Verfügung gestellt werden. Die Tanks, schwere Artillerie, Unterseeboote, größere Kreuzer, sonstige Panzer- und Kriegsschiffe, sind gleichfalls dem Völkerbundsrat gegebenenfalls zur Verfügung zu stellen. Luftangriffe werden innerhalb einer bestimmten noch festzulegenden Zone untersagt.

Diese Maßnahmen sind in den französischen Vorschlägen als der Ausbau der gegenwärtig bestehenden Sicherheitsgarantie aufzufassen und sollen das Sanktionsverfahren des Völkerbundes weiter stärken. Die französischen Vorschläge sehen ferner weitgehende gegenseitige Sicherheitsverpflichtungen der Staaten zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Lage vor.

*

Die französische Ueberrumpelungstaktik.

Bezeichnenderweise hat der französische Kriegsminister Tardieu seine Vorschläge vor der Ueberreichung an die Konferenz streng geheimgehalten, und nur den Vertretern der Kleinen Entente und Polen bekanntgegeben. Offenbar wollte Frankreich die Konferenz regelrecht überrumpeln, denn in der anderthalbstündigen Unterredung mit Tardieu am Donnerstag mit dem Führer der deutschen Abordnung, Nadolny, gehabt hat, hat der Vertreter Frankreichs keine Mitteilungen über die offizielle Einbringung seines Vorschlages gemacht. Bis Freitag nachmittag 7 Uhr war die deutsche Abordnung noch nicht in den Besitz des französischen Vorschlages gelangt.

In Kreisen der englischen Abordnung haben die französischen Vorschläge, wie verlautet, große Beunruhigung ausgelöst, da sie über den bisherigen französischen Standpunkt in der Sicherheitsfrage weit hinausgehen und in der Formulierung der Sicherheitsforderungen ungewöhnlich scharf sein sollen.

*

Die Sonnabendsitzung der Abrüstungskonferenz war einer Kundgebung der öffentlichen Meinung der Welt zur Abrüstungsfrage gewidmet. Die Vertreterinnen der Millionen Mitglieder umfassenden Frauenorganisationen aller Länder überreichen eine Petition mit etwa 5,7 Millionen Unterschriften. Im Namen der Völkerbundsvereinigung spricht Lord Cecil.

Sturmflut in der Danziger Bucht.

— Danzig, 6. Februar.

Freitagvormittag wütete im ganzen Danziger Küstengebiet eine Sturmflut. Sämtliche Dordünen sind von der Brandung überspült. Zwischen Weichselmünde und Heubude wurde die Strandpromenade von den Fluten in 80 Metern Länge durchbrochen. Die Wellen drangen in die tiefer gelegenen Ländereien. In den Ostseebädern Brösen und Glettkau wurden die Seestege von den Wellen fortgerissen. In Zoppot ist seit 1913 der größte Schaden an dem 400 Meter langen Seesteg, der bekanntlich die größte Schiffsbrücke der ganzen Ostsee ist, zu verzeichnen.

Karl der Große

ROMAN VON WOLFGANG MARKEN.

URHEBER-RECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU SA.

(21. Fortsetzung.)

„Das Abwiegen übernimmt Meister Streckeband. Wenn man Sie nach dem Grund der Aenderung fragt, dann sagen Sie, daß Ihnen diese Arbeit infolge Ihres Alters und Ihrer schwachen Augen zu schwer fällt. Ich tue es auch. Also, Herr Eckardt, seien Sie vorsichtig, ich warne Sie."

„Ich . . . ich bin Ihn' ja so dankbar, Herr Große."

* * *

Am nächsten Tage stand Streckeband an der Wage.

Der Viehgroßhändler Wagner, der vierzig Schweine brachte, stutzte, als er statt des alten Eckardt den Meister Streckeband an der Wage sah.

„Nanu, is denn der alte Eckardt krank geworden?"

„Nee!" grinste Streckeband der im Bilde war. „Den hat Herr Große an eine andere Stelle gesetzt. Seine Augen sind zu schwach. Er sieht die Zahlen immer ie verkehrt."

Der Viehhändler wurde blaß vor Schrecken.

„Der . . . Große! Det is euer Betriebsleiter?"

„So is es, Herr Wagner. Det is 'n Junge! Nee, nich dran zu tippen. Da könn' wir Alten nich mit. Un Augen hat der . . . Dunnerlitzchen, die sehen im Dunkeln. Wissen Sie was, Herr Wagner, mir hat die Nacht geträumt, wir hätten hier 'n andern Großlieferanten. Nu, wat meen Se?"

Wagner wurde immer unruhiger. Bei den letzten Worten erschrak er.

„Wat is'n passiert?" fragte er ängstlich.

„Der Betriebsleiter weiß alles!" sagte Streckeband.

Den Viehhändler überlief es heiß und kalt.

„Himmelkruzifix, was tu ich da? Was tu ich da?"

„Sie soll'n mal zum Betriebsleiter kommen, Herr Wagner," bemerkte Streckeband so nebenher. „Er will sich mit Ihn' mal über Ihre Gewichte unterhalten."

Wagner stand unschlüssig. Dann sah er Streckeband förmlich flehend an: „Hundert Taler für 'n juten Rat, Meister Streckeband."

Der Meister trat dicht zu ihm.

„Wenn ich Ihn' en juten Rat geben soll, denn . . . sagen Sie ihm die Wahrheit. Wie es war und ist, das sagen Sie ihm. Ihre Ware ist jut. Den bleiben Sie mit ihm und uns in Verbindung und liefern künftig vielleicht noch jute hundert mehr die Woche. Denn der Große, der macht ersicht was aus dem Betrieb."

Wagner nickte und stolperte vorwärts. Es war ihm sehr unbehaglich zumute, und er verwünschte zehntausendmal, daß er sich mit Steinicke eingelassen hatte.

Er klopfte an Karls Kontor und trat ein auf sein Herein.

„Morjen, Herr Große," sagte er gedrückt.

„Guten Morgen, Herr Wagner. Bitte, nehmen Sie Platz."

Der Viehhändler ließ seine zwei Zentner langsam nieder. Karl sah ihn durchdringend an und sagte dann kurz: „Herr Wagner, Ihre Schweine taugen nichts."

Verdutzt sah ihn der Viehhändler an.

„Aber Herr Große . . . ich habe doch Klasse! Nur erste Wahl!"

Karl lächelte leicht. „Möglich! Aber sicher ist, daß alle Ihre Schweine 18 bis 25 Prozent verlieren. Können Sie mir dafür keine Erklärung geben?"

Wagner saß wie auf Kohlen.

Was sollte er antworten? Wie nur herausreden? Was bezweckte der Betriebsleiter überhaupt mit der Erklärung?

„Herr Wagner," begann Karl wieder, „die Firma Bolle & Sohn ist jetzt im Aufschwung begriffen. Wir hoffen, in einem Vierteljahr oder nach früher statt vierhundert rund achthundert Schweine zu verarbeiten. Würde es Ihnen nicht angenehmer sein, statt dreihundert sagen wir vier- oder fünfhundert in der Woche zu liefern?"

„Aber natürlich, Herr Große," stammelte der Viehhändler.

„Na, sehen Sie, Herr Wagner. Das habe ich mir gedacht. Und das sollen Sie auch . . . aber unter einer Bedingung."

Fragend sah ihn der Viehhändler an.

„Unter einer Bedingung, und zwar verlange ich von Ihnen, daß Sie mir reinen Wein einschenken über den Betrug, den Sie bisher mit der Firma Bolle getrieben haben."

Hart kam es von Karls Lippen.

Wagner sah zu Boden.

„Herr Wagner," begann Karl wieder, „wenn ich die Angelegenheit den Gerichten übergebe, könnte das Ihr ganzes Geschäft ruinieren. Das will ich nicht, denn ich möchte mit Ihnen, d. h. mit Ihrer Ware, die gut ist, weiterarbeiten. Aber ich verlange, daß Sie mir reinen Wein einschenken."

Wagner atmete auf. Er fühlte wieder Oberwasser.

„Wem ist das Mehrgewicht zugute gekommen, das Eckardt notiert hat?"

„Herrn Steinicke!"

„Aha! Und von wem ist der Betrug ausgegangen?"

„Von Herrn Steinicke. Er drohte mir an, daß ich von der Lieferung ausgeschlossen würde, wenn ich ihm nicht wenigstens acht Prozent vom Umsatz gebe. Das wollte ich nicht, und drum habe ich eingewilligt."

Karl nickte. „Und das werden Sie mir schriftlich geben, Herr Wagner."

„Schriftlich?" sagte der Händler entsetzt.

„Ja! Ich verspreche Ihnen, daß ich nichts gegen Sie unternehme oder unternehmen lasse. Ich bin gewohnt, mein Wort zu halten."

Nach etwa fünf Minuten hatte er die gewünschte Erklärung.

Er las sie aufmerksam durch.

Dann sagte er ernst: „Gut, Herr Wagner. Sie werden weiter liefern, aber prägen Sie sich ein, daß ein dauerndes und gutes Geschäft nur gedeiht, wenn es grundreell ist. Auf Wiedersehen, Herr Wagner."

Wie ein begossener Pudel schlich der Viehhändler hinaus.

* * *

Steinicke hatte erfahren, daß Große Eckardt in den Betrieb gesteckt und an seine Stelle den Meister Streckeband gesetzt hatte.

Er war wütend und ahnte Unheil.

Aber er wähnte sich doch sicher, schritt hinunter in den Betrieb und suchte Große auf, der neben Streckeband an der Wage stand.

„Sie haben Eckardt von der Wage weggenommen, Herr Große?" sagte er scharf.

„Wie Sie sehen, Herr Steinicke."

„Sie wissen, daß die Schlachterei nicht zu Ihrem Ressort gehört. Ich verbitte mir Ihre Einmischung."

Kalt entgegnete Karl: „Seit einer halben Stunde gehört auch das Schlachthaus zu meinem Ressort. Ich habe mit Herrn Bolle gesprochen."

Steinicke erbleichte. „Und . . . warum haben Sie Eckardt weggenommen?"

„Er hat schlechte Augen," sagte Karl sarkastisch. „Er konnte die Gewichte nicht mehr erkennen."

„Das ist Unsinn!"

„Nein, nein, es stimmt. Aber ich nehme an, daß Sie gute Augen . . . und gute Nerven haben, Herr Steinicke. Beliebt es Ihnen, diese Zeilen des Herrn Wagner zu lesen?"

Steinickes Hand zitterte merklich, und er war sehr blaß, als er das Schuldgeständnis Wagners in die Hand nahm und las.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Heimat

Spangenberg, den 6. Februar 1932.

Es gibt so Leute . . .

Es gibt so Leute . . .

Da kann, beispielsweise, ein Maler das prächtigste oder das rührendste Bild gemalt haben. Aber obgleich er all seine Kunstfertigkeit in Farbe und Form aufgewendet hat und, was mehr ist, all seine Seele hineingemalt hat — das rührt manchen Menschen gar nicht, das spricht nicht zu ihm und läßt keine Saite seines Innern aufklingen, wenn er davor steht. Oft wüßte er, wenn man ihn einen Augenblick später danach fragen würde, kaum den Gegenstand des Bildes zu nennen. Aber sollte man es glauben, daß es Leute gibt, die hundertmal in ein Zimmer kommen und kaum bemerken, daß da die schönsten Bilder an den Wänden hängen, die aber, wenn einmal das Mädchen beim Staubwischen ein Bild um eine Spanne breit verschoben hatte, ob solcher Missetat sofort aufmerksam werden und ein gewaltiges Lamento anheben?

Es gibt solche Leute — wirklich, leider mehr als genug.

Da spielt ein Kind auf der Straße. Es hat wohl ein Stücklein Kreide gefunden und fängt nun an, auf die herrliche Riesentafel des Steinpflasters eine krause Wunderwelt hinzumalen, unerträtselbar unserem neugierigen Blick, für das Kind selber aber ein Etwas so voller Leben und Schönheit, daß es seine Schöpfung stolz und jubelnd betrachtet. Aber wo ein jeder sonst, der noch eine Spur beglückender Kindhaftigkeit in sich spürt, an solcher seligen Kinderfreude teilnimmt, da kommt doch so ein Griesgram, so ein geborener Nörgelpeter daher und sieht des Kindes Freude nicht, sieht einzig, daß da auf dem Pflaster ein paar Striche hingekrakelt sind, und bemerkt nur, daß dies nicht in der Ordnung ist, und schilt und reißt das Kind aus seinem Glücklichsein heraus mit argem Scheltwort.

Wem sind dergleichen Zeitgenossen nicht schon unzählig oft begegnet? Mag man sie mit ihrem garstigen Wesen noch so oft zum Henker wünschen — ob man es ihnen auch ganz deutlich sagte, sie würden's kaum verstehen, sie würden dich vielleicht auch noch schmähen, daß du etwas in Schutz nimmst, das „nicht in der Ordnung" ist.

Und dabei ist doch nur ihre eigene Seele in Unordnung!

✿ **Schwimmer in Spangenberg.** Der Bezirksschwimmwart des 3. Bezirks im Fulda Edder Gau, Willi Schanze, hat seine Schwimmer auf morgen nachmittag 2½ Uhr nach hier eingeladen, um mit Ihnen einen theoretischen Lehrgang im Schwimmen durchzuführen. Er will diesen Lehrgang gleichzeitig mit dem Bericht über den Schwimmkursus an der deutschen Turnschule verbinden, an dem er teilgenommen hat. Lehrer Ruhl von hier wird einen Vortag über den Einfluß der Leibesübungen, insbesondere des Schwimmens, auf unseren Körper (mit Lichtbildern) halten. Die Angehörigen des Turnvereins Froher Mut werden hierzu besonders eingeladen. (s. Anzeigenteil).

× **Goethe-Feier der Stadtschule.** Am 22. März ist der 100jährige Todestag des großen deutschen Dichters und Denkers Johann Wolfgang von Goethe. Die Stadtschule plant für diesen Tag eine öffentliche Gedenkfeier.

£ **Gemeindenot ist Reichsnot.** (Aus dem Reichsstädtebund) Bereits im vergangenen Sommer wiesen die kommunalen Spitzenverbände aufs eindringlichste in breitester Oeffentlichkeit auf die damals schon trostlose Lage der Gemeindefinanzen hin, und fügten hinzu, daß diese zum Teil im Oktober vorigen Jahres zahlungsunfähig werden würden. Da inzwischen keine Gemeinde, wenigstens nicht nach außen hin erkennbar, ihre Zahlungen eingestellt hat, scheint in weiten Kreisen der Bevölkerung, wie bei der Reichsregierung die verhängnisvolle Ansicht zu herrschen, diese Vorhersage sei ein wirklichkeitsfremdes Schwarzsehen gewesen. Richtig ist, daß die Zahlungen an die Wohlfahrtserwerbslosen bisher immer noch sichergestellt und geleistet werden konnten, aber unter welchen Umständen? Um die Wohlfahrtserwerbslosen befriedigen zu können und um innere Unruhen, die das ganze Sanierungswerk der Reichsregierung vernichten müßten, zu vermeiden, werden nahezu alle sonstigen, auch die notwendigsten Ausgaben, einfach nicht mehr geleistet. Rechnungen müssen bei den städtischen Kassen unbezahlt liegen bleiben, obschon manche Aussteller, wie Handwerker und Gewerbetreibende sich oft in noch schlechteren Verhältnissen befinden, als die Wohlfahrtserwerbslosen. Anleihezinsen sind seit Monaten rückständig, wodurch die Bewegungsfreiheit der Gläubiger beeinträchtigt und deren eigener Zinsen- und Anleihedienst gefährdet wird. Die Gemeindebeamten erhalten ihre schon stark beschnittenen Beamtengehälter häufig nur in kleinen Bruchteilen und erst tagelang nach den Fälligkeitszeiten. Fonds, die zu ganz anderen Zwecken angesammelt sind, werden angegriffen, Staatssteuern können nicht abgeliefert, Krisenfürsorgeanteile und Kreissteuern nicht bezahlt werden, lediglich um die Erwerbslosenlasten zu zahlen und Schlimmeres zu verhüten, während die Erfüllung notwendiger Gemeindeausgaben auch mit den genannten Mitteln nicht mehr sichergestellt werden kann. Selbstverständlich kann die geschilderte Finanzwirtschaft nur noch eine ganz kurze Uebergangszeit durchgehalten aber nicht ein Dauerzustand werden. Denn wenn auch Reich, Länder und Kreise sich nicht für erfolgende gemeindliche Zahlungen und Ablieferungen durch Einbehaltung der Überweisungssteuern schadlos halten, so daß zahlreiche Gemeinden auf absehbare Zeit überhaupt keine Überweisungen zu erwarten haben, so haben die privaten Gläubiger nicht diese einfachen, die Lebensnotwendigkeiten der Gemeinde außer acht lassenden Beitreibungsmöglichkeiten, und sie werden auch nicht dauernd „stillhalten" wollen oder auch nur können. Denn wovon sollen zum Beispiel Kranken- und Fürsorgeanstalten leben, wenn die gemeindlichen Zahlungen monatelang ausbleiben, private Forderungsberechtigte Steuern zahlen und sonstige Verbindlichkeiten erfüllen, wenn die Gemeinden ihnen nicht zahlen können? Es ist aber auch bei den noch ständig steigenden Wohlfahrtslasten und den im gleichen Maße zurückgehenden Steuereinnahmen, selbst wenn, wie bisher, alle sonstigen Ausgaben zurückgestellt werden, mit Gewißheit vorauszusagen, daß die Gemeinden in kürzester Frist selbst die fälligen Zahlungen an die Wohlfahrtserwerbslosen nicht mehr werden leisten können. Mit der bisherigen Form der Reichshilfe, die, wenn überhaupt, nur unter immer schwieriger werdenden Bedingungen zu erreichen ist und nicht wirklam helfen kann weil sie in der Hauptsache nur die Zahlung der Unterstützungen, Löhne und Gehälter sicherstellen will, ist diese Lebensfrage nicht zu lösen. Dies kann nur geschehen, und damit wird hunderte Mal Gesagtes wiederholt, wenn die Gemeinden von den Lasten für Wohlfahrtserwerbslose und Krisenunterstützung fühlbarer als bisher entlastet werden.

Wir bitten unsere verehrten Abonnenten, die den

Abonnementsbetrag für Februar

noch nicht bezahlt haben, diesen baldigst an unsere Boten zu entrichten. Die unpünktliche Zahlung zieht meist Verzögerungen in der Belieferung nach sich.

— **Soll die Nahrungsmitteleinfuhr vergrößert werden?** Die heutige Wirtschaftslage sollte jeden Deutschen im eigensten Interesse veranlassen, an der zur Beschränkung der Einfuhr notwendigen Steigerung der Inlandsproduktion nach Möglichkeit mitzuarbeiten, da jeder Einzelne letzten Endes doch diese Einfuhr durch erhöhte Abgaben usw. bezahlen muß. Die deutsche Landwirtschaft hat sich stets in anzuerkennender Weise bemüht, durch Erzeugung hoher Ernten sowie durch Lieferung von Qualitätswaren eine Einfuhr an Lebensmitteln überflüssig zu machen und die Ernährung des Volkes aus den Erzeugnissen der eigenen Scholle sicher zu stellen. Wenn dies in den letzten Jahren bis zu einem hohen Grade gelungen ist, so hat dazu in erster Linie die rationelle Düngung, besonders die gesteigerte Verwendung der billigsten und wirtschaftlichsten Produktionsmittel des Landwirts, der deutschen Stickstoffdüngemittel, beigetragen. Bei der augenblicklichen Notlage der Landwirtschaft müssen natürlich alle Sparmöglichkeiten voll ausgenutzt werden. Das bedeutet aber nicht, daß die Stickstoffdüngung eingeschränkt werden oder gar überhaupt unterbleiben soll, sondern daß die Stickstoffdüngemittel ihren Eigenschaften und Wirkungen entsprechend zweckmäßigste Verwendung finden. Als sehr vielseitig hat sich in seiner Anwendung der Kalkstickstoff erwiesen, da dieser neben seiner vorzüglichen Düngewirkung eine große Anzahl von Nebenwirkungen aufweist, deren Ausnutzungen zu wesentlichen Ersparnissen für den Landwirt führt. Bringt doch z. B. der Landwirt in 1½ Ztr. Kalkstickstoff kostenlos eine Kalkmenge in den Boden, die ca. 1 Ztr. Branntkalk entspricht! Infolge des großen Widerstandes, den der Kalkstickstoff der Auswaschung entgegensetzt, kann er frühzeitig, d. h. in arbeitsstiller Zeit, in einem Wurf mit Kali- und Phosphorsäuredüngemitteln ausgebracht werden, wodurch Arbeit erspart wird. Die durch eine einfache Kopfdüngung der möglichst abgetrockneten Wintersaaten erreichbaren Bekämpfung der lästigen Unkräuter, z. B. des Windhalmes und der Kornblume, bringt dem Landwirt besondere Ersparnisse, da sie die Kosten für Pflegemaßnahmen sowie die Ausgaben für Beschaffung und Ausbringung teurer Unkrautbekämpfungsmittel überflüssig macht. Aus allen diesen Erwägungen wird der überlegende Landwirt von seinem billigsten und wirtschaftlichsten Produktionsmittel den entsprechenden Gebrauch machen, da er ja weiß, daß er bei verminderter Stickstoffanwendung große Ernterückgänge und damit beträchtliche Einnahmeausfälle zu erwarten hat, die zu einer Verschlechterung seiner Lage führen müssen.

Melsungen. Der Wirteverein nahm in einer außerordentlichen Versammlung eine Entschließung an, in der die Biersteuersenkung gefordert wird, damit der Bierpreis wirklich fühlbar gesenkt werden könne. Nur eine außerordentliche Senkung der Preise könne das Geschäft, das schwer darniederliegt, wieder heben.

Vlo ho. Das Opfer eines dreisten Ueberfalles wurde die Hausangestellte eines Landwirts in einem Nachbarort. Als sich das junge Mädchen abends zum Schlafen niederlegen wollte und gerade das Licht ausgeschaltet hatte, sprangen aus der Zimmerecke zwei maskierte Männer hervor, rissen es zu Boden und verlangten die Herausgabe ihres Geldes. Da sich die Ueberfallene weigerte, öffneten sie ihr gewaltsam den Mund und träufelten ihr eine betäubende Flüssigkeit ein. Sie wurde zwar bald darauf von dem Hausherrn gefunden, jedoch waren die Täter bereits über alle Berge. Das überfallene Mädchen hat starke Verletzungen erlitten und liegt schwer krank darnieder. Das Ergebnis der polizeilichen Ermittelungen läßt den Schluß zu, daß auch ein Sittlichkeitsverbrechen geplant war.

Aus Stadt und Land.

* **Geldspenden für deutsche Notgebiete.** Aus dem Hauptfonds der Winterhilfe, der bei der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege gesammelt wird, sind 60 000 Mark an die deutschen Notgebiete in Schlesien, im Erzgebirge, im Thüringer Wald, im Bayerischen und Frankenwald und ähnlichen, besonders heimgesuchten Gebieten überwiesen worden. Diese Summe stammt zum größten Teil aus Spenden von im Ausland wohnenden Deutschen, die auch durch unmittelbare Zuwendungen von Geld- und Sachspenden an diese Notgebiete eine warmherzige Hilfsbereitschaft bewiesen haben.

* **Anwachsen der ostoberschlesischen Streikbewegung.** Die wilde Streikbewegung in Ostoberschlesien nimmt immer größeren Umfang an. So ist auch die Belegschaft der Ferdinand-Grube nicht eingefahren. Auf den Gieslege-Gruben wird weitergestreikt. Auf der Kleophas-Grube in Zalenze kam es zu Zusammenstößen zwischen den Bergarbeitern und der Polizei. Die Belegschaft versuchte, die mit Notstandsarbeiten beschäftigten Bergleute zu entfernen. Die Grubenverwaltung forderte polizeiliche Hilfe an, die das Grubengelände säuberte und den Rädelsführer festnahm. Auf den übrigen Gruben, auf denen die Belegschaften Streikabschichten äußerten, wurden von den Verwaltungen vorübergehend Feierschichten eingelegt.

* **Die landwirtschaftlichen Grundstücke in Mecklenburg werden mietzinssteuerfrei.** In der Hauptausschußsitzung des Mecklenburg-Schweriner Landtags gab ein Regierungsvertreter vor der Besprechung der neuen 14. Mietzinssteuer-Verordnung einen Ueberblick über die Einwirkungen des durch Notverordnung vom Reich vorgesehenen Steuervereinfachungsgesetzes, über dessen Einführung in Mecklenburg demnächst Beschluß zu fassen ist. Aus der neuen Mietzinssteuer-Verordnung ist bemerkenswert, daß alle landwirtschaftlichen Grundstücke, auch wenn sie in den Städten liegen, mietzinssteuerfrei sind, während Wohngrundstücke außerhalb der Stadt nunmehr mit Mietzinssteuer belastet werden. Die Mietzinssteuer darf für 1932 80 v. H. des bisherigen Satzes nicht übersteigen.

* **Großfeuer in der Radolfzeller Pumpenfabrik.** In der weltbekannten Pumpenfabrik Annweiler AG in Radolfzell brach Feuer aus, das einen großen Teil der alten Fabrikanlagen zerstörte. Ein großer Teil der wertvollen Spezialmaschinen fiel dem Feuer zum Opfer. Der Schaden wird auf 700 000 Mark angegeben.

* **Mehrere Lagerschuppen eingeäschert.** In einem großen Lagerschuppen im Marseiller Hafen brach ein Feuer aus, gegen das die Feuerwehr machtlos war. Die Flammen griffen auf andere Schuppen über und legten in vier Stunden nicht weniger als 14 000 Quadratmeter bebaute Fläche in Asche. Erst gegen Mitternacht konnte die Gefahr als beseitigt angesehen werden. Der Sachschaden beläuft sich nach vorläufiger Schätzung auf über 8 Millionen Franken.

* **Mißglückter Anschlag auf den norwegischen Kriegsminister.** Der norwegische Kriegsminister Quisling wurde, als er einen dunklen Raum im Ministerium betrat, von zwei Männern überfallen. Einer der Angreifer versuchte, dem Minister ein Messer in die Brust zu stoßen, während der andere ihm Pfeffer in Augen warf. Dem Minister gelang es jedoch, die Angreifer abzuwehren, die darauf die Flucht ergriffen. Ernstere Verletzungen hat Quisling nicht davongetragen. An einer Tür und an einem Aktenschrank im inneren Archiv sind Fingerabdrücke festgestellt worden, die photographiert wurden. Die Polizei rechnet mit der Möglichkeit, daß es sich um Spione handelt, die wichtige Schriftstücke an sich bringen wollten und durch das unerwartete Erscheinen des Ministers überrascht wurden.

Zur Landwirtschaftskrisis.

Die allgemeine insbesondere die Not der Landwirtschaft nimmt immer größere Ausmaße an. Der Landwirt fragt sich: Wie erhalte ich meinen Besitz? Die Preise für die meisten Produktionsmittel, besonders für Maschinen sind immer noch sehr hoch gegenüber den Erzeugnissen des Landwirts. Steuern, Zinsen und soziale Abgaben haben eine schwindelnde Höhe erreicht. Unvergleichlich hoch zu den Erzeugerpreisen sind die Verbraucherpreise z. B. Milch, Fleisch. Die Erhöhung des Milchpreises zugunsten des Landwirts um 0,02 RM. je Liter würde eine Mehreinnahme von etwa 400 Millionen für die deutsche Landwirtschaft bedeuten. Es kommt daher darauf an, die Handelsspanne zu verringern zugunsten des Landwirts wie auch des Verbrauchers, wodurch die Einnahmen der Landwirtschaft um Milliarden sich vergrößern würden. Es hieße sich selbst aufgeben, wollte man die Produktion einschränken. Mehr denn je wird von maßgebender Seite erkannt, daß die Landwirtschaft dazu berufen ist, Deutschland vor schweren Gefahren insbesondere der Hungersnot zu bewahren. Es muß alles daran gesetzt werden, die Produktion zu steigern, nicht aber durch Erhöhung der Betriebsaufwendungen, sondern durch Einsparen teurer Betriebsmittel unter verstärkter Einsetzung billiger Betriebsmittel. Neuanschaffungen von Maschinen, Errichtung neuer Gebäude und dgl. mehr, sollte nach Möglichkeit unterbleiben, dagegen muß eine gute Pflege des Bodens wie der Kulturpflanzen angestrebt werden. Hierbei spielt die sachgemäße Düngung die Hauptrolle. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß die Düngemittel insbesondere der Stickstoff nur einen Bruchteil von den Gesamtwirtschaftsausgaben ausmacht, nämlich etwa nur 6%. Außerdem ist der Stickstoff heute etwa nur noch halb so teuer wie vor dem Kriege. Man gab z. B. für 1 Ctr. schwefelsaures Ammoniak an Roggen 1913 170 kg und 1931 [illegible] kg, an Weizen 1913 140 kg und 1931 81 kg. Gerade der Stickstoff ist wegen seiner starken Verbilligung und Produktionssteigerung dazu berufen, mehr denn je zur Günstiggestaltung des Betriebes beizutragen. Ein Rückgang der Stickstoffanwendung würde volkswirtschaftlich und privatwirtschaftlich die lästigsten Schädigungen nach sich ziehen. Eine verringerte Ernte würde volkswirtschaftlich bei der gegenwärtigen Devisenlage eine Lebensmittelknappheit, die in ihrem Ausmaß kaum zu übersehen ist, mit sich bringen. Privatwirtschaftlich würde sich der Landwirt durch einen teilweisen oder völligen Verzicht auf Stickstoffanwendung die Möglichkeit nehmen, seine Lage zu verbessern, da bei geringem Aufwand von Stickstoff ein bedeutend größerer Einnahmeausfall infolge des Ernterückganges gegenübersteht. Zur Sicherung der Ernte darf die Beizung der Sommersaaten mit einem vom deutschen Pflanzenschutzdienst amtlich anerkannten Beizmittel, wie die Ceresan-Trockenbeize, nicht unterbleiben, zumal die letzte Ernte unter dem nassen Wetter gelitten hat und somit die Pflanzenkrankheiten wie Schneeschimmel, Streifenkrankheit und Flugbrand die Ernteerträge erheblich in Qualität und Menge schädigen würde. Auch die bekanntesten Saatzuchtwirtschaften verwenden die Ceresan-Trockenbeize. Die Unterlassung der Beizung wäre falsche Sparsamkeit, pro Ctr. Saatgut werden etwa 100 g benötigt. Ist der Landwirt an die Haferbeizung gewöhnt, so empfiehlt sich das altbewährte „Uspulun-Universal" anzuwenden.

Diplomlandwirt Behrend.

Sport-Ecke.

Handball.

Tv. „Froher Mut" 2. — Forstschule 2.

Das schon lange vereinbarte Freundschaftsspiel zwischen den beiden Mannschaften des Turnvereins und der Forstschule soll morgen um ½3 Uhr auf dem hiesigen Platze durchgeführt werden. Wir hatten noch keine Gelegenheit die zweite Mannschaft der Forstschule im Spiel zu sehen, wie aber verlautet, soll sie gute Durchschlagskraft haben. Man kann daher auf das Spiel gespannt sein.

Melsungen 1. — Forstschule 1.

Die erste Mannschaft der Forstschule, die erst am Sonntag einen schönen Sieg in Kassel erringen konnte, tritt Melsungen, dem Gaumeister der Gau-Sonderklasse, gegenüber. Melsungen ist uns aus früheren Spielen gut bekannt, sodaß wir mit ziemlicher Bestimmtheit einen Sieg der Melsunger voraussagen könnten. Trotzdem wird aber die Forstschulelf in Melsungen überraschen. Sie wird der Mels. Mannschaft den Sieg nicht leicht machen. Wenn nur der Sturm versteht, den vorzüglichen Mels. Reinemund im Tor zu überwältigen, dann dürfte ein gutes Resultat erzielt werden können.

Weiße Wochen

Größter Sonderverkauf des Jahres

Weißwaren und Wäsche jeder Art — im Großeinkauf besonders vorteilhaft erworben — stehen zu **sensationell billigen Preisen** zum Verkauf. Man kennt unsere Leistungsfähigkeit von früheren Veranstaltungen her. Was wir sonst geboten haben, ist diesmal übertroffen. **Unsere Innen-Dekorationen** sind sehenswert, aber nicht kostspielig, weil wir alle verteuernden Spesen einsparen wollen, um die Ware **noch billiger** verkaufen zu können. Sie handeln auf jeden Fall richtig, wenn Sie auch diesmal zu uns kommen.

Nie kauft man weiße Waren billiger als jetzt.

Beginn Montag.

Wieder eine Sensation für Kassel!

Weiße Woche - Preisausschreiben

Qualitätswaren einst und jetzt!

Wir zeigen während der Weißen Wochen in einigen unserer Schaufenster und in unseren sämtlichen Schaukästen unseres Treppenaufganges aus verschiedenen Abteilungen einige meistgekaufte Artikel mit den heutigen Preisen und wollen von Ihnen wissen: was hat die Ware Februar 1930 gekostet? — Formulare mit Vordruck zum Eintragen mit Angabe der Bedingungen des Preisausschreibens sind an allen Kassen unseres Hauses erhältlich. — Die Einsendungen sind unter Preisausschreiben „Qualitätswaren einst und jetzt" an unserer Kasse 2 einzureichen. — Bei mehreren gleichlautenden Antworten entscheidet das Los unter Ausschaltung des Rechtsweges. Das Ergebnis wird öffentlich bekannt gegeben, die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt. — Das Personal und deren Angehörige sind vom Wettbewerb ausgeschlossen. Schluß des Wettbewerbes am 20. Februar 1932, abends 7 Uhr. Es gelangen folgende Preise zur Verteilung: **1. Preis** ein Gutschein im Werte von RM. 50.—, **2. Preis** ein Gutschein im Werte von RM. 30.—, **3. Preis** ein Gutschein im Werte von RM. 20.—, außerdem **20 Trostpreise** je in einem Gutschein im Werte von RM 5.—. Unser Preisausschreiben soll Ihnen zeigen, was von uns getan wird, die Preise auf ein solch niedriges Maß zu bringen, sodaß jeder kaufen kann.

FERD. LÖSER U. CO.

bei

Kassel, Obere Königstraße 27

Spangenberger Lichtspiele

Sonntag den 7. Februar 1932
abends 8,15 Uhr

in 7 Akten.

Außerdem

Eine Ferienfahrt nach Lübbenau

„Im Spreewald ist es wunderschön!"

und

Verlobung mit Hindernissen

in 2 Akten.

Sonnabend und Sonntag abend

Bockbier-Ausschank

mit Konzert.

Sonntag, den 7. Februar

BOCKBIER

mit Konzert

Gasthaus zum Liebenbach

„Einjähriges"

über 365 Tage altes

Coburger Starkbier

kommt von heute ab zum Ausschank

Hotel zum goldenen Löwen

Bes. Frau C. Bertram

Ia. frischen

Hess. Kochkäse

empfiehlt

Karl Bender.

Oelsardinen, Sardellen

stets frisch

H. Mohr.

KAUFEN SIE

sämtliche KLNEIEISENWAREN von A—Z wie:

Anwürfe
Bänder
Chubbvorhangschlösser
Drahtspanner
Einloßecken
Fallen
Gartengeräte
Hämmer
Jäthäckchen
Kaffeemühlen
Lötkolben
Mauerkellen
Nothacken
Ofenrohrringe
Pfannen
Quasten
Riege
Schlaufeln
Türriegel
Unterlegscheiben
Vogelrollen
Werkzeuge
X-Hacken
Zangen
u. s. w.

NUR BEI

GEORG KLEIN, EISENWAREN
SPANGENBERG

Sie genießen billige Preise

Wer **Wurst, Brot, Schinken** hat, wird noch alletage die echte

Rotunda-Brotschneidemaschine

hierfür benutzen. Dick, dünn, wie es beliebt schneidet sie im Nu! Für 4 Pfünder 10,50 für 6 Pfünder 13,20 Mk.

Denß,
Kassel,
Martinsplatz.

Gesangverein

„Liedertafel"

Montag abend ½9 Uhr
alle Stimmen
im Ratskeller.

Uebungsstunde am Sonntag im Stift fällt aus.

Der Vorstand.

Mittwoch nachmittag

in Zukunft **Sprechstunde nur nach Verabredung**

Dr. med. Jütte
Augenarzt
Kassel, Köln.-Str. 11, II.

Inseriert!

T. V. „FROHER" MUT SPANGENBERG

Zu dem angesetzten

Lehrgang des Bezirksschwimmwarts

am Sonntag, den 7. ds. Mts. im „Grünen Baum", in dessen Mittelpunkt ein Lichtbild-Vortrag von Turnbruder Ruhl steht, sind alle Mitglieder, insbesondere die Turner und Sportler, eingeladen. Beginn 2.45.

Auch die Jugendgruppe ist gebeten zu erscheinen, um einige gemeinsame Lieder einzuüben.

Der Vorstand.

20 Stck. Ia. Vollheringe

85 Pfg.

Rollmöpse, Bismarckheringe, Sardinen, Oelsardinen, besonders billig Scheibenlachs, Schnitzellachs.

Karl Bender.

Ich empfehle mein gut sortiertes Lager in

vorzüglichen Zigarren

Karl Bender.

Lest Euer Heimatblatt!

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 7. Februar 1932.

Estomihi.

Gottesdienst in:

Spangenberg.

Vormittags 10 Uhr: Pfarrer Höhndorf.
Vormittags 11¼ Uhr: Kindergottesdienst.
Nachmittags ½2 Uhr: Pfarrer Dr. Bachmann.

Elbersdorf.

Nachmittags ½2 Uhr: Pfarrer Höhndorf.

Schnellrode.

Vormittags 10 Uhr: Pfarrer Dr. Bachmann.

Kirchliche Vereine.

Montag Abend 8 Uhr: Müttervein
Dienstag Abend 8 Uhr: Jung-Mädchen-Verein
Mittwoch Abend 8 Uhr: Hospital-Bibelstunde.